



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Verbands binationaler Familien und Partnerschaften**

**1. Wie stehen Sie zu einem „Verlobten-Visum“, um die Eheschließung in Deutschland mit eine\*r Partner\*in aus einem Drittstaat zu erleichtern?**

**Antwort:**

Eine Änderung der bestehenden Möglichkeiten, ein Visum zur Eheschließung zu erhalten, haben wir nicht geplant.

**2. Setzen Sie sich für eine erleichterte Einbürgerung und eine Hinnahme von Mehrstaatigkeit ein?**

**Antwort:**

Wir stehen für eine klare Einbürgerungsperspektive für Zuwanderer, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind. Wir halten es für wichtig, dass gut integrierte Zuwanderer mit der Einbürgerung alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erhalten. Vereinfachte Verfahren oder verkürzte Fristen sind aber nicht geplant. CDU und CSU setzen sich weiterhin dafür ein, dass Mehrstaatigkeit grundsätzlich vermieden wird und nur im Ausnahmefall möglich sein sollte.

**3. Setzen Sie sich für die Abschaffung des Sprachnachweises vor Einreise ein?**

**Antwort:**

CDU und CSU haben nicht vor, Sprachnachweise vor Einreise abzuschaffen. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist ein Bekenntnis zu Deutschlands grundlegenden Werten und Normen, seiner Verfassung, seinen Gesetzen, seinen Institutionen, seiner Geschichte, Sprache und Kultur. Wir haben die Erwartung, dass die zu uns kommenden Menschen unsere Werte teilen, sich an unsere Gesetze halten und unsere Sprache sprechen. Sprache hat überragende Bedeutung – für die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch für die Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur. Wir wollen den Spracherwerb beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote.

**4. Befürworten Sie eine Priorisierung der Visavergabe im Familiennachzug und Besuchsvisa für unverheiratete Partner:innen und Familienangehörige aus Drittstaaten?**

**Antwort:**

CDU und CSU lehnen eine Ausweitung des Familiennachzugs über die heute bestehenden Regelungen hinaus ab.

**5. Planen Sie Quoten, affirmative Maßnahmen oder z.B. anonymisierte Bewerbungsverfahren, um in Verwaltung, Politik und Wirtschaft, die Vielfalt adäquat zu repräsentieren?****Antwort:**

Chancengerechtigkeit soll es in der gesamten Gesellschaft geben – in der Wirtschaft, in der Bildung und auch im öffentlichen Dienst. Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden. Dies stärkt auch die Identifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit unserem Staat. Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll auch im öffentlichen Dienst sichtbar sein.

**6. Was tun Sie, damit alle Familien Familienleistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, etc.) in Anspruch nehmen, migrantische Familien besser erreicht werden können?****Antwort:**

CDU und CSU wollen die Familienleistungen für alle Leistungsberechtigten bündeln und vereinfachen. Sie sollen automatisiert, digital und aus einer Hand Familien zur Verfügung stehen. Geburtsurkunde, Kindergeld, Elterngeld und Kinderzuschlag sowie das Bildungs- und Teilhabepaket sollen digital beantragt werden können. Wir wollen es so unbürokratisch und einfach wie möglich machen, Familienleistungen zu bekommen. Leistungen müssen, wo immer möglich, automatisiert erfolgen. Familien mit Migrationsgeschichte wollen wir durch gezielte Informations- und Sprachförderungsmaßnahmen besser unterstützen.

**7. Welche bildungspolitischen Maßnahmen planen Sie, um gesellschaftliche Vielfalt sowohl personell als auch inhaltlich (Curricula) abzubilden?****8. Mit welchen Maßnahmen würden Sie Mehrsprachigkeit in der sprachlichen Bildung und darüber hinaus unterstützen?**

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

**Antwort:**

CDU und CSU wollen die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken. Unsere rechtsstaatlich verfasste, freiheitliche, plurale und repräsentative Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss stets aufs Neue erlernt, gelebt und verteidigt werden. Dazu brauchen wir überzeugte Demokratinnen und Demokraten, die sich den komplexen Anforderungen der Welt im 21. Jahrhundert stellen.

Für den Erwerb von Mehrsprachigkeit ist uns zunächst der frühe Erwerb der deutschen Sprache ein wichtiges Anliegen. Wir werden den Erwerb der deutschen Sprache so früh wie möglich fördern, insbesondere durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren. Ab einem Alter von drei Jahren kommen verbindliche Sprachstands-Tests mit qualitativ wirksamen Sprachförderangeboten für alle Kinder hinzu. Dort, wo ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt wird, muss eine verpflichtende, qualitativ wirksame und durchgehende Sprachförderung in einer Kindertagesstätte oder Vorschule erteilt werden.

Für jedes dieser Kinder soll ein individueller Sprachförderplan erstellt werden, der Förderziele, Dauer und Umfang der konkreten Maßnahmen neben der durchgängigen, integrierten Sprachförderung umfasst. Jedes Grundschulkind muss grundsätzlich vor seiner Einschulung der deutschen Sprache mächtig sein, um dem Unterricht von der ersten Klasse an folgen zu können. Das ist auch die Grundlage für den Erwerb anderer Sprachen.